

Grün in allen Schattierungen prägt neu die Politik

Autor(en): **Lettau, Marc**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **46 (2019)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911373>

Nutzungsbedingungen

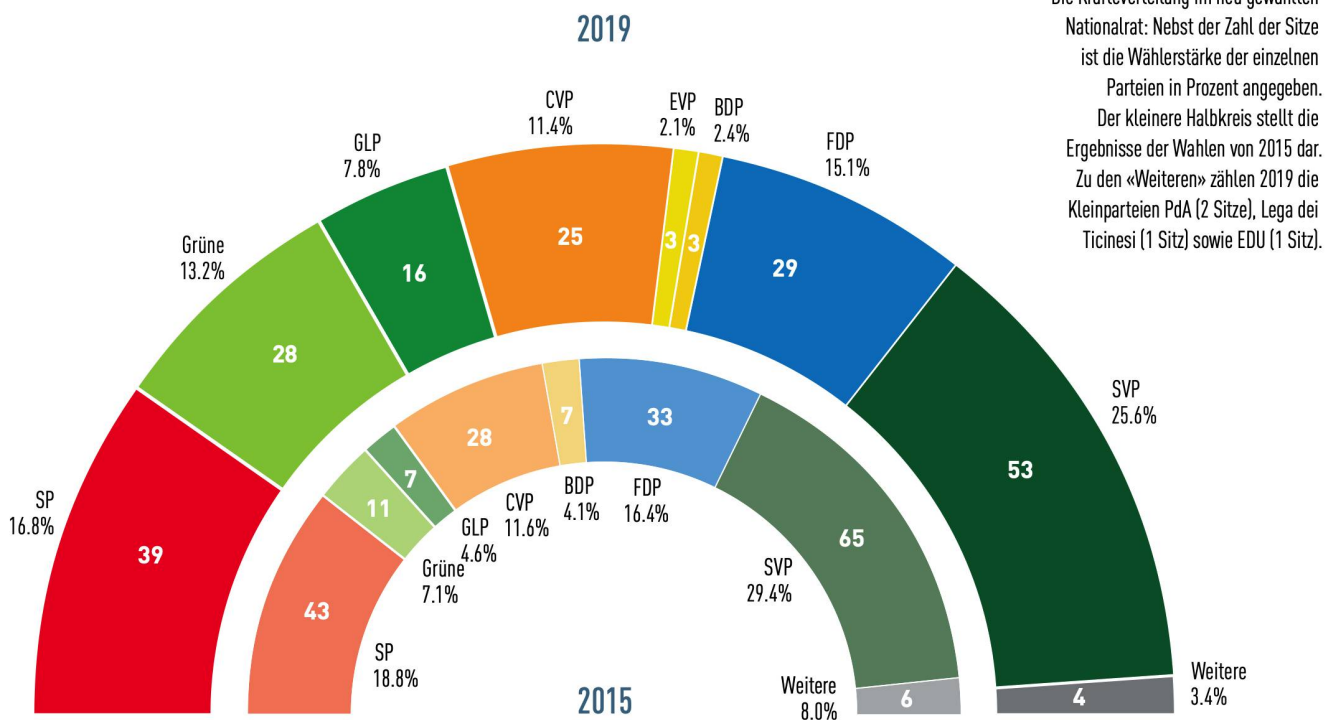
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Kräfteverteilung im neu gewählten Nationalrat: Nebst der Zahl der Sitze ist die Wählerstärke der einzelnen Parteien in Prozent angegeben. Der kleinere Halbkreis stellt die Ergebnisse der Wahlen von 2015 dar. Zu den «Weiteren» zählen 2019 die Kleinparteien PdA (2 Sitze), Lega dei Ticinesi (1 Sitz) sowie EDU (1 Sitz).

Grün in allen Schattierungen prägt neu die Politik

Das schweizerische Parlament wird in historischem Ausmass grüner, markant weiblicher, etwas linker und eine Spur jugendlicher. In der Summe sind die Umwälzungen enorm. Und: Die wählende Fünfte Schweiz verstärkte den grünen Trend.

MARC LETTAU

Das politische System der Schweiz ist so stark auf Stabilität und Ausgleich bedacht, dass Wahlen kaum je erdrutschartige Verschiebungen nach sich ziehen. Nach den Wahlen 2019 greifen die Politologen hingegen zu Superlativen: Die Umwälzung sei diesmal «von historischem Ausmass», heisst es in grosser Einmütigkeit.

Was ist passiert? Die Wählenden haben stärker als je zuvor auf grüne Kräfte aller Schattierungen gesetzt. Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) legte im Nationalrat gleich 17 Sitze zu und stellt neu 28 Nationalrätinnen und -räte. Seit 1919 hat keine Partei je einen solchen Sprung nach vorn geschafft. Die GPS rückt damit ins Quartett der wählerstärksten Parteien vor (Wähleranteile: siehe Grafik).

Auffällig ist am Erfolg der Grünen, wie gering die regionalen Unterschiede blieben: Sie legten sowohl in der Deutschschweiz wie in der Romandie stark zu und – überraschend – auch im Tessin. Auch übertreffen die Erfolge der Grünen die Prognosewerte bei weitem. Der Fraktionschef der Grünen, Nationalrat Balthasar Glättli (ZH), nahm deshalb das spektakuläre Resultat fast ungläubig zur Kenntnis: «Das hätte ich in meinen kühnsten Träumen nicht gedacht.» Verstärkt wird die grüne Welle durch die Erfolge

der in der politischen Mitte verorteten Grünliberalen Partei (GLP). Auch sie kann die Zahl ihrer Sitze mehr als verdoppeln. Mit gemeinsam 44 Sitzen im Nationalrat erhalten GPS und GLP in Umweltfragen viel politisches Gewicht. Ein wichtiger Treiber der Kräfteverschiebung war ohne Zweifel die anhaltende Klimadebatte: Statt von Nationalrats- und Ständeratswahlen war in der Öffentlichkeit oft die Rede von «Klimawahlen».

Erstens: Grüner, als die Zahlen zeigen

Die guten Resultate der beiden grünen Parteien bilden die «grüne Welle» aber nur teilweise ab. Denn: Die schweizerische Politik ist bereits im Vorfeld der Wahlen grüner geworden. Die «Klimawahlen» entfalteten also eine Vorauswirkung. Gut ablesbar ist dies bei den Freisinnigen (FDP). Sie verordneten sich spät im Wahlkampf einen grüneren Kurs und revidierten in wichtigen umweltpolitischen Fragen ihre Position. So unterstützte die FDP im Herbst im Nationalrat die Einführung einer Umweltabgabe auf Flugtickets. Zuvor hatten sie dieses Lenkungsinstrument zu verhindern versucht. Die FDP büsste im Nationalrat zwar vier Sitze ein. Ohne den «ökologischen Schwenker» wären



ihre Verluste aber womöglich heftiger ausgefallen. Ein Indiz dafür ist das sehr schlechte Abschneiden der Schweizerischen Volkspartei (SVP) mit ihrem strikten Kurs gegen die «Klimahysterie». Sie verlor gar 12 Sitze, bleibt aber die stärkste politische Kraft im Land. Ihre Verluste sind nicht allein damit zu erklären, dass sie die Klimadebatte auszusitzen versuchte. Vielmehr fanden ihre Kernthemen Migration und EU deutlich weniger Gehör als vor vier Jahren.

Zweitens: Nur ein bisschen linker

SVP, FDP, CVP, SP: Abgestraft wurden am 20. Oktober alle vier in der Landesregierung vertretenen Parteien. Hart trifft es die SP, die sich auch als ökologische Partei versteht, aber offensichtlich Stimmen an Parteien verlor, die den Begriff «Grün» im Namen tragen. Die in sozialpolitischen Fragen weit links politisierenden Grünen machen die Verluste der SP zwar mehr als nur wett. Der Aufschwung der Grünliberalen sorgt aber dafür, dass das neue Parlament primär deutlich grüner, nicht aber deutlich linker wird.

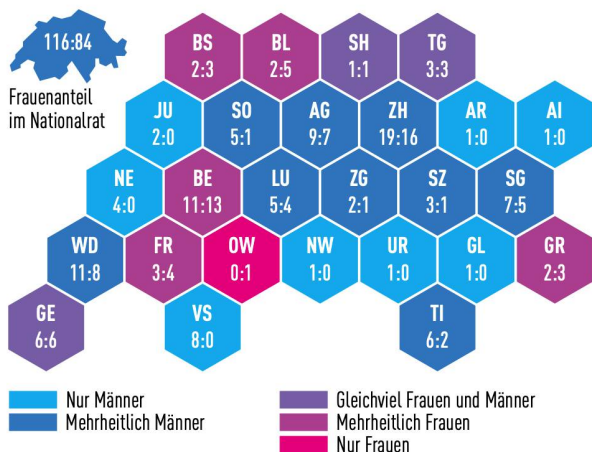
Das könnte für die schweizerische Bundespolitik entkrampfend wirken: Das Blockdenken – hier links, da rechts – verliert an Bedeutung. In Umweltfragen bilden die vereinten grünen Kräfte künftig einen dritten Pol. Und die trotz Verlusten weiterhin starke Mittepartei CVP wird sich zwischen den Polen vermehrt aufs Schmieden von Kompromissen fokussieren.

Drittens: Unübersehbar weiblicher

Nebst dem Klima- beeinflusste auch der landesweite Frauenstreik vom Juni den Ausgang der Wahlen. Der Frauenanteil im Nationalrat steigt von 32 auf 42 Prozent, auch im internationalen Vergleich ein Spitzenwert. Einen so grossen Sprung nach oben machte die Zahl der gewählten Frauen seit der Einführung des Frauenstimmrechts (1971) noch nie.

Frauenanteil im Nationalrat

Verhältnis Männer : Frauen



Auch im Ständerat ein grüner Trend

Offen blieb bei Redaktionsschluss, wie der Ständerat, die kleine Kammer des schweizerischen Parlaments, künftig zusammengesetzt sein wird. In 14 Kantonen kommt es zu einem zweiten Wahlgang. Gleichwohl steht bereits vor diesen Stichwahlen fest, dass auch im Ständerat die Grüne Partei mit Sicherheit zu den Wahlgewinnern gehören wird. Sie hat mit der Newcomerin Céline Vara in Neuenburg und mit Mathias Zopfi in Glarus bereits zwei Sitze erobert. Und in mindestens vier Kantonen (BE, BL, GE, VD) sind Grüne bei der Stichwahl in formidabler Ausgangslage. Die Wahl des Grünen Mathias Zopfi im traditionell konservativen Kanton Glarus sorgte übrigens für Aufsehen: Der Neuling eroberte seinen Sitz auf Kosten der etablierten SVP, die nun keinen Glarner Ständerat mehr stellt. (MUL)



Mathias Zopfi
Die Glarner Sensation: Der grüne Neuling Zopfi verdrängt Werner Hösli von der SVP aus dem Ständerat.

Das hätten selbst die Initiantinnen der Aktion «Helvetia ruft» nicht zu hoffen gewagt (siehe Beitrag auf Seite 8).

Viertens: Eine Nuance jugendlicher

Deutlich grüner, markant weiblicher, eine Spur linker. Zu diesen drei Verschiebungen gesellt sich eine vierte: Viele der Neugewählten sind jung, das Durchschnittsalter der Gewählten sinkt. Zu verantworten haben dies unter anderem die erstmals teilnehmenden Jungwählerinnen und -wähler, die sich gemäss Nachwahlbefragungen herzlich wenig um die Verdienste arrivierter Nationalräte kümmern: 30 Abgewählte jeder politischen Couleur sind die Folge. Prominente Gewerkschafter wie Corrado Pardini (SP, BE) müssen ebenso die Koffer packen wie Jean-François Rime (SVP, FR) und Hans-Ulrich Bigler (FDP, ZH), die Aushängeschilder des Schweizerischen Gewerbeverbands.



Regula Rytz
Die grüne Berner Nationalrätin steht für einen zweifachen Erfolg: jenen der Grünen und jenen der Frauen.

Fünftens: Die Fünfte Schweiz verstärkt den Trend

Und die Wählenden in der Fünften Schweiz? Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, die grossen Trends verstärkt zu haben. Sie wählten nach ersten Erhebungen besonders grün. Jede vierte Stimme aus dem Ausland (25,2%) ging an die Grüne Partei. Die Grünen überholten damit in der Fünften Schweiz sowohl die dort bis anhin stärkste Partei, die SP (17,1%) wie auch die SVP (17,8%).

Der Ausfall des E-Votings liess übrigens die Stimmbeteiligung der im Ausland domizilierten Schweizerinnen und Schweizer einbrechen. In Kantonen, die für die Wahlen 2015 den elektronischen Stimmkanal offerierten, gingen die Stimmen aus der Fünften Schweiz um bis zu einem Drittel zurück. In Genf sank die Beteiligung von 31,8 auf 21,4 Prozent, in Luzern von 32,1 auf 23,4, in Basel-Stadt von 26,0 auf 19,2, in Neuenburg von 29,7 auf 24,9 und im Thurgau von 28,5 auf 22,6 Prozent. Diese Zahlen dürften die Debatte übers E-Voting aufs Neue befeuern.



Corrado Pardini
Generationenwechsel links wie rechts, 30 Abgewählte: Auch Gewerkschafter Pardini (SP, BE) muss die Koffer packen.

«Die Schweizer Demokratie gewinnt an Qualität»

Im Nationalrat sind neu 42 Prozent Frauen vertreten, so viele wie noch nie. Dazu hat auch die überparteiliche Kampagne «Helvetia ruft» der Frauenverbände beigetragen. Projektleiterin Jessica Zuber erklärt, warum das Wahlergebnis für die Schweiz historisch ist.

200 Mitglieder zählt der Nationalrat, die grosse Parlamentskammer, neu sind 84 von ihnen Frauen. Damit steigt der Frauenanteil von 32 Prozent auf 42 Prozent. Im Ständerat, der kleinen Kammer, wird er zwar viel geringer sein. Und doch sagt Jessica Zuber: «Es ist eine historische Frauenwahl.» Die Politologin leitete die «Helvetia ruft»-Kampagne von Alliance F, dem Dachverband der Schweizer Frauenorganisationen. Sie erinnert daran, dass die Schweizer Frauen – erst seit 1971 mit Stimm- und Wahlrecht – ihre

Vertretung im Parlament jahrzehntelang bloss in kleinen Schritten steigern konnten: «Es waren immer nur drei bis vier Prozentpunkte mehr.» Jetzt schicken die Wählerinnen und Wähler fast einen Viertel mehr Frauen ins Bundeshaus, ein Rekordzuwachs, bei linken wie bei bürgerlichen Parteien. «Die Schweizer Demokratie gewinnt an Qualität, weil Frauen und Männer nun ausgeglichener vertreten sind», sagt Zuber. Der Erfolg hatte sich mindestens ein Stück weit abgezeichnet. Noch nie kandidierten so viele

«Es war ganz klar eine Klima-Wahl»

Neben den wissenschaftlichen Befunden lege nun auch der Wahlerfolg der Grünen nahe, dass die Schweiz ambitioniertere Klimaziele verfolgen sollte. Das sagt die Schweizer Klimaforscherin Sonia Seneviratne. Für das neu gewählte Parlament hat sie einen Lektüre-Tipp parat.

Die Bevölkerung habe erkannt, dass klimapolitisch dringend gehandelt werden müsse: So interpretiert Sonia Seneviratne den enormen Zuwachs an Wähleranteilen und Parlamentssitzen für die grünen Parteien: «Es war ganz klar eine Klima-Wahl.» Seneviratne stammt aus dem Kanton Waadt und ist heute Professorin für Land-Klimadynamik an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH). Sie ist auch eine Hauptautorin bei Publikationen des Weltklimarats IPCC: In mehreren Berichten warnten die



«Die SP sollte zur europafreundlichen Haltung zurückkehren»

In der blockierten Europapolitik brauche es jetzt eine neue Dynamik, sagt Thomas Cottier, Präsident der Vereinigung «Die Schweiz in Europa». Er sieht im Wahlergebnis einen Wink an die Sozialdemokraten (SP), ihre bremsende Haltung beim Rahmenabkommen mit der EU zu überdenken.

Welche Folgen die Wahlen für die Europapolitik haben werden, ist kurz nach dem Urnengang schwer zu beurteilen. Denn bei der Frage, ob die Schweiz das seit Monaten vorliegende Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) unterzeichnen soll, gab es im Wahlkampf wegen strittiger Punkte wie dem Lohnschutz nicht bei allen Parteien klare Bekenntnisse. «Dabei drängt die Zeit», sagt Thomas Cottier. Er ist emeritierter Professor für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Bern und Präsident der europafreundlichen Vereinigung «Die Schweiz in Europa».

Dem Bundesrat und dem neu gewählten Parlament rät er, «die Signale der Wählerschaft aufzunehmen». So wurde mit der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) die EU-kritischste Partei zurückgebunden. Sie lehnt nicht nur das Rahmenabkommen ab, sondern will mit ihrer Begrenzungsinitiative die Personenfreizügigkeit aufgeben. «Doch die Blockadepolitik hat eine Absage erhalten», so Cottier. Dafür sei mit den Grünliberalen die Partei erstarkt, die das Rahmenabkommen ohne Wenn und Aber befürworte: «Die Sitzgewinne der GLP können als Zustimmung



Frauen, auch belegten sie chancenreichere Listenplätze als bei den letzten Wahlen. Dafür setzte sich «Helvetia ruft» bei tausend Parteisektionen im ganzen Land aktiv ein. Hunderte Kandidatinnen wurden motiviert und im Wahlkampf begleitet. Helvetia rief und wurde gehört, die Zeit war offensichtlich reif. Darauf deuteten laut Zuber mehrere Faktoren hin, besonders der Frauenstreik vom Juni, an dem sich Hunderttausende beteiligten. Zudem wählte das Parlament vor einem Jahr zwei Frauen mit Glanzresultaten

in die Landesregierung. Bei bestimmten Themen könnte sich die erhöhte Frauenpräsenz trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeiten auch inhaltlich auswirken, sagt Zuber. So etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei Massnahmen gegen Waffengewalt und bei der Umweltpolitik. «Helvetia ruft» macht nach den Wahlen weiter, denn: «Unser Ziel ist die paritätische Vertretung der Geschlechter in beiden Kammern.» (SWE)

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor den gravierenden Folgen der globalen Erwärmung. Aufgrund dieser Erkenntnisse verschärfte der Bundesrat kürzlich die Klimaziele. Bis 2050 soll die Schweiz klimaneutral sein, also unter dem Strich keine Treibhausgase mehr ausstossen. Noch vor den Wahlen beschloss der Ständerat ein CO₂-Gesetz, das einen Benzinpreis-Aufschlag und eine Flugticketabgabe vorsieht. Bald zeigt sich, was der grüner gewordene Nationalrat damit anfängt, und ob das Volk den Kurs

mitträgt. «Die Chancen stehen gut, dass die Klimapolitik der Schweiz ehrgeiziger wird», sagt Seneviratne. Das bundesrätliche Ziel hält sie nicht für radikal, sondern für realistisch. Die Schweiz habe sich im Pariser Abkommen verpflichtet, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, und sie sei ein hochentwickeltes Land. Um den Klimaschutz sozialverträglich zu gestalten, seien Lenkungsabgaben ein probates Mittel: «Die Beiträge können an die Bevölkerung zurückgegeben werden, beispielsweise durch eine Verbil-

ligung der Krankenkassenprämien.» Dem neu zusammengesetzten Parlament empfiehlt die Forscherin, besonders den Bericht des Weltklimarats über die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad zu lesen. Dort sei ersichtlich, welche Risiken sonst drohten. «Ich empfehle sogar zu diskutieren, ob die Schweiz nicht schon bis 2040 CO₂-neutral sein sollte», so Seneviratne. (SWE)



mung zu diesem Kurs gewertet werden.» Die Verluste der Sozialdemokraten liest Cottier als Hinweis an die linke Partei, zu ihrer traditionell europafreundlichen Haltung zurückzukehren. Darauf deutete die Abwahl prominenter Gewerkschafter hin, die sich in jüngster Zeit gegen das Rahmenabkommen gestellt hatten. Bewege sich die SP und übernehme die Führung, könne es zur gleichen, grossen «Koalition der Vernunft» kommen, die auch die Begrenzungsinitiative der SVP bekämpfe, ist Cottier überzeugt. Nur so könnten die bilateralen Verträge beibehalten und weiterentwickelt wer-



den, was für die Wirtschaft und das ganze Land wichtig sei. «Auch die Auslandschweizerinnen und -schweizer im EU-Raum sind auf Rechtssicherheit angewiesen», fügt Cottier an. Der Europakenner fordert Bundesrat und Parlament auf, nicht nur innenpolitische Aspekte zu gewichten. «Das geopolitische Umfeld hat sich verändert», sagt er. Die Schweiz werde in den kommenden Jahren viel stärker als bisher auf stabile Beziehungen mit der EU angewiesen sein. (SWE)